

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Jan Korte, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Andreas Wagner und der Fraktion DIE LINKE.**

### **DEFENDER 2020 stoppen – Keine Unterstützung für Militäraufmarsch an der russischen Grenze**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem größten Militärmanöver der NATO seit 25 Jahren sollen zum ersten Mal überhaupt schwere gepanzerte US-Einheiten in Divisionsstärke in die unmittelbaren osteuropäischen Nachbarstaaten Russlands verlegt werden. Hierfür werden bis zu 37.000 Soldatinnen und Soldaten und über 35.000 Militärfahrzeuge quer durch Deutschland Richtung Osten transportiert.

Dass die NATO ausgerechnet in den Tagen um den 75. Jahrestag der Einnahme Berlins durch die Rote Armee und des Sieges über den Hitlerfaschismus in solch unverantwortlicher Weise mit der militärischen Stabilität in Europa spielt, ist ein Affront gegen die russische Bevölkerung und viele Menschen in den anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion – waren es doch ihre Vorfahren, die im Zweiten Weltkrieg die größte Anstrengung und die größten Opfer für die Befreiung Europas vom Faschismus erbrachten. Statt aus dieser Geschichte Lehren zu ziehen und endlich energische eigene Schritte hin zu Verständigung, Dialog, Entspannung und einem System kollektiver Sicherheit in Europa, das Russland einschließt, zu gehen, leistet die deutsche Bundesregierung entscheidende Unterstützung bei der Verlegung der Truppen nach Osten, und stellt auch Kampftruppen für Kampfübungen im Baltikum und in Polen. Im Rahmen des Host Nation Support gewährleisten die Bundeswehr, die Deutsche Bahn AG und viele andere deutsche Körperschaften die logistische Abwicklung der Verbringung des Kriegsgeräts. Offensichtlich wollen Bundesregierung und Bundeswehr die Gelegenheit ergreifen, um endlich den Nutzwert Deutschlands als militärische logistische Drehscheibe zu „beweisen“.

Nach Auskunft der Bundesregierung selbst hat die NATO seit 2014 viermal so viele Manöver an der Ostflanke des Bündnisses durchgeführt wie Russland auf der anderen Seite. Angesichts dessen ist die Behauptung, dieses Manöver sei ein Beitrag „für den Schutz Europas“ (Kramp-Karrenbauer, 10.01.20) abwegig. Im Gegenteil: DEFEN-

DER2020 spielt um der militärischen Machtdemonstration willen mit den noch verbliebenen Rüstungsbegrenzungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen in Europa. Auch deshalb kann keine Rede davon sein, dass die Durchführung der Verlegung einer US-Division an die russische Grenze „vernünftig“ und „verantwortungsvoll“ sein kann, wie es die Protokollnotiz des 2+4-Vertrags vom 12.09.1990 bestimmt.

Eine weitere schwere Hypothek des Manövers sind die Produktion an CO<sub>2</sub> und anderen schädlichen Klimagasen, wenn 35000 Militärfahrzeuge 4000 km durch Europa bewegt werden, sowie die infrastrukturellen Schäden, die dabei für Länder und Kommunen entstehen werden. Über die geschätzten Gesamtkosten dieser Militäroperation für die Bundesrepublik Deutschland schweigt sich die Bundesregierung aus.

Die militärischen Verlegungen im Rahmen von DEFENDER2020 schaden der Sicherheit in Europa und verletzen den Geist der NATO-Russland-Grundakte. Sie laufen allen Bemühungen um Entspannung und Vertrauensbildung entgegen. Daher muss die Bundesregierung handeln, im Geltungsbereich des 2+4-Vertrags den Transit ausländischer Truppen untersagen und im Geltungsbereich des Stationierungsabkommens jede logistische Unterstützung für DEFENDER 2020 beenden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Transit von ausländischen Truppen für das Manöver DEFENDER 2020 durch das Geltungsgebiet des 2+4-Vertrags umgehend zu untersagen,
2. auf der Grundlage der Protokollnotiz des 2+4-Vertrags vom 12.09.1990 umgehend öffentlich zu erklären, dass diese militärischen Verlegungen in Richtung Osten nicht verhältnismäßig und verantwortungsvoll in Bezug auf die derzeitige Sicherheitslage in Europa sind und dass demzufolge ab sofort durch das Geltungsgebiet des 2+4-Vertrags (östliche Bundesländer) grundsätzlich keine Truppen mehr Richtung Osten verlegt werden,
3. dafür Sorge zu tragen, dass die Streitkräftebasis der Bundeswehr, alle Bundes- und Landesbehörden im Geltungsbereich des Stationierungsabkommens (westliche Bundesländer) und gleichfalls die im Bundesbesitz befindliche Deutsche Bahn AG alle Unterstützungsleistungen ziviler und militärischer Art („Host Nation Support“) für die Verlegungen im Rahmen von DEFENDER 2020 einstellen,
4. gleichfalls keine Einheiten der Bundeswehr für die Teilnahme an den Kampfübungen im Rahmen von DEFENDER 2020 abzustellen,
5. den Stationierungsvertrag von 1954 aufzukündigen und die Kündigungsfrist zu nutzen um sicherzustellen, dass bis zum Ende dieser Frist alle ausländischen Truppen das Territorium der Bundesrepublik Deutschland verlassen.

Berlin, den 11. Februar 2020

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**